

Postulat von Dr. Balz Hösly (FDP, Zürich) und Christian Bretscher (FDP, Birmensdorf)
betreffend Abbau von Wirtschaftshemmnissen

Der Regierungsrat wird eingeladen

- zu prüfen, welche der im Hinblick auf die EWR-Abstimmung vorbereiteten Gesetzesanpassungen im Sinne der Deregulierung und Marktöffnung auch ohne Teilnahme der Schweiz am EWR sinnvoll sind,
- zu untersuchen, in welchen Bereichen der kantonalen Gesetzgebung weitere Verbesserungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen möglich sind, und
- dem Kantonsrat entsprechende Vorlagen zu unterbreiten.

Dr. Balz Hösly
Christian Bretscher

Begründung:

Unabhängig von ihrer Haltung gegenüber einer Teilnahme der Schweiz am EWR sind sich weite Kreise in Politik und Wirtschaft darin einig, dass zum Abbau bestehender Wirtschaftshemmnisse Massnahmen zur internen Deregulierung und Marktöffnung erforderlich sind.

Wir halten es daher für notwendig, einerseits einen Teil der im Bericht "3345. Europäischer Wirtschaftsraum (EWR): Auswirkungen auf die zürcherische Gesetzgebung" vom Regierungsrat aufgeführten kantonalen Gesetze autonom anzupassen und dadurch von den positiven Impulsen für die Wirtschaftsentwicklung zu profitieren. Andererseits sind zweifelsohne weitere Bereiche der kantonalen Gesetzgebung im Hinblick auf eine wirtschaftsfreundlichere Ausgestaltung der Rahmenbedingungen verbesserungsfähig. Insbesondere denken wir dabei an folgende Bereiche:

- Aufhebung von Kartellen und Monopolen;
- Erleichterter Zugang von qualifizierten ausländischen Fachkräften zum zürcherischen Arbeitsmarkt;
- Internationale Anerkennung von gleichwertigen Berufsabschlüssen und Diplomen;
- Vereinfachung des Submissionswesens;
- Abbau von unnötigen und zu weitgehenden Bewilligungsvoraussetzungen sowie administrativen Erschwerungen für private Investitionen und Dienstleistungen;
- Beschleunigung von Bewilligungs- und Rekursverfahren im Bauwesen und in wirtschaftspolizeilichen Angelegenheiten.

Wir sind davon überzeugt, dass es dieses Vorgehen erlaubt, in optimaler Weise auf bereits geleistete Vorarbeiten aufzubauen, um die längst im Raum stehenden, dringlichen Forderungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in unserem Kanton endlich in die Tat umzusetzen.